

Postsowjetische Transformationen und gesellschaftliche Komplexität

Von den Regimewechselprozessen in den sozialistischen Staaten des ehemaligen Ostblocks wurden nicht nur die betroffenen Regierungen selbst, sondern auch die ›westlichen‹ Sozialwissenschaften förmlich überrannt. Zurückzuführen ist dies zum einen auf das schlagartige Eintreten, die weitgehend friktionslose Ausbreitung und den schnellen Verlauf der Ereignisse, zum anderen dürfte der Überraschungseffekt aber auch eine Folge der verwendeten wissenschaftlichen Beobachtungsmittel gewesen sein. Eine Fußnote Luhmanns ist sicher nicht allein für die Soziologie gültig:

»Dass die Soziologie dies [den Zusammenbruch der Sowjetunion, E.M.] nicht vorausgesehen hat, wird viel beklagt und ist nicht zuletzt ihrem Theoriedefizit zuzuschreiben. Andererseits wäre, wie Chaostheorie und Evolutionstheorie zeigen, eine konkrete Voraussicht ohnehin nicht möglich gewesen, sondern allenfalls eine Beschreibung der Situation, die erkennen lässt, dass jetzt irgendwelche Zufälle, Personen oder Ereignisse genügen könnten, um die Destabilisierung einzuleiten.« (Luhmann 2000a: 385, Fn. 7)

Mit Blick auf die Ereignisse in Osteuropa attestierte der Politikwissenschaftler Adam Przeworski seiner Disziplin angesichts ihrer mangelnden Prognosefähigkeit klägliches Versagen (1991: 1) und Klaus von Beyme bezeichnete den Zusammenbruch des Realsozialismus als »›schwarzen Freitag‹ der Sozialwissenschaften. Sie haben überwiegend nicht ›vorhergesagt‹, wie es ihr methodischer Anspruch ist, sondern ›nachhergesagt‹« (1994a: 35).¹

Nach der Überraschung und der Überwindung des ersten Schwindels – Mommsen (2013: 126) spricht rückblickend gar von einer »Schockstarre« –,

1 Für eine Diskussion der Prognosefähigkeit der Sozialwissenschaften mit Blick auf die postsozialistischen Regimewechsel und der daran anschließenden gesellschaftlichen Erwartungen vgl. Sharman (1998).

konstituierte sich mit der Transformationsforschung ein Forschungsfeld, das sich auf die Beobachtung der einsetzenden Wandlungsprozesse in Osteuropa und auf dem Territorium der zerfallenden Sowjetunion spezialisierte. Zunächst in Westeuropa und den USA, später zunehmend auch in den postsozialistischen Staaten kam es zur Gründung von wissenschaftlichen Instituten, Forschungsabteilungen in Unternehmen und nicht-wirtschaftlichen Organisationen, spezialisierten Studiengängen, Tagungsreihen und Fachzeitschriften, die sich bis in die Gegenwart am Label postsozialistischer Transformationsforschung orientieren. Doch nicht nur die organisatorische Verankerung weitete sich aus: Mit den Publikationen, die in den vergangenen rund zwanzig Jahren in diesem Kontext entstanden sind, floss eine mittlerweile unüberschaubare Anzahl an Kommunikationsangeboten in das Wissenschaftssystem ein. Angesichts deren disziplinärer, inhaltlicher, methodischer und theoretischer Diversität und angesichts eines Forschungsgegenstandes, der sich zeitlich und sachlich kontinuierlich ausweitet, drängt sich jedoch die Frage auf, ob das ursprünglich interdisziplinär angelegte Etikett der Transformationsforschung überhaupt noch ein zusammenhängendes Forschungsfeld bezeichnet, in dem wechselseitig aneinander angeschlossen wird und über die Form dieser internen Verknüpfungen Grenzen zur Umwelt – anderen Forschungsfeldern – hervortreten. Oder ob sich ›die‹ Transformationsforschung nicht längst in ein bestenfalls lose gekoppeltes Netzwerk einzelner, weitgehend unabhängig voneinander operierender Kommunikationszusammenhänge differenziert hat, die sich gegenseitig höchstens noch aus den Augenwinkeln beobachten und deren disziplinär, theoretisch und/oder methodisch bedingte Unterschiede das ursprünglich geteilte Erkenntnisinteresse längst überlagern.² Eine Antwort auf diese Frage ließe sich möglicherweise mit den Mitteln der Netzwerkanalyse finden, was an dieser Stelle jedoch nicht weiter verfolgt werden soll.³

Im Hinblick auf die vorliegende Studie sind diese Überlegungen ohnehin auf eine andere Weise relevant: Denn unabhängig davon, wie diese Antwort ausfallen würde, sehen sich Analysen wie die vorliegende, die sich auf dem weitläufigen Feld der Transformationsforschung verorten, mit einem gestiegenen Begründungsaufwand konfrontiert. Sie stehen vor der Herausforderung, sich mit ihrem Erkenntnisinteresse in einem zunehmend disparaten Forschungs- und Kommunikationszu-

2 Ein Effekt dieses Differenzierungsprozesses ist, dass weithin sichtbare und breit akzeptierte ›Autoritäten‹ auf diesem Feld verschwinden oder an Bedeutung verlieren. In diesem Kontext ist möglicherweise auch die Debatte über den Niedergang der Russlandexpertise in Deutschland zu verstehen, die jüngst in der Zeitschrift »Osteuropa« angestoßen wurde (vgl. Götz 2012; Sapper 2012; als Gegenposition Segbers 2013).

3 Für ein solches Vorgehen am Beispiel der Humangeographie vgl. Steinbrink et al. (2012), am Beispiel der Physik vgl. Palla et al. (2005).

sammenhang zu verorten, den für sie relevanten Wissensstand plausibel herauszufiltern und den eigenen Beitrag dazu nicht nur zu positionieren, sondern in möglichst viele Richtungen Anschlussmöglichkeiten aufzuzeigen.

Thema, Problem und erste Orientierungspunkte

Das *Thema* der vorliegenden Studie befindet sich an einer der Schnittstellen zwischen sogenannter politischer und wirtschaftlicher Transformation: Im Fokus stehen politische Dezentralisierungs- und wirtschaftliche Privatisierungsprozesse im ländlichen Raum Russlands, die am Beispiel zweier Gemeinden empirisch nachgezeichnet werden. *Problematisiert* werden dabei Strukturen und Ordnungen, die sich im Kontext dieser Transformationsbereiche und speziell bei der Einführung kommunaler Selbstverwaltung herausbilden. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der jüngsten Kommunalreform und ihren Effekten, dem Gesetz Nr. 131 »Über allgemeine Prinzipien der Organisation lokaler Selbstverwaltung in der Russischen Föderation«, das seit Anfang 2006 (mit einer Übergangsfrist bis Anfang 2009) in Kraft ist und von der Politik als Neuanfang im Prozess der Einführung lokaler Selbstverwaltung dargestellt wird. Gesellschaftstheoretisch lassen sich solche Reformmaßnahmen allerdings kaum isoliert betrachten, sondern sind stets als Teil eines Geflechts von (politischen) Maßnahmen – in diesem Fall Privatisierung und Kommunalreformen – zu analysieren, mit denen ländliche Gemeinden seit dem Zusammenbruch des sowjetischen Regimes in verschiedenen Reformwellen konfrontiert wurden und werden und die ein kontinuierliches Irritationspotenzial für die dörflichen Kommunikationszusammenhänge bereithalten.

Mit Blick auf den inhaltlichen Rahmen dieser Studie erscheint somit eine erste Orientierung an den beiden »großen« Bereichen der Transformationsforschung Wirtschaft und Politik naheliegend. Obwohl sämtliche gesellschaftliche Bereiche sowohl vom sozialistischen Programm als auch von den einsetzenden Transformationsprozessen betroffen waren, kam diesen beiden Bereichen auf dem Feld der Transformationsforschung stets besondere Aufmerksamkeit zu: im Fall der Wirtschaft bedeutete dies den Fokus auf den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft und im Fall der Politik von autokratischen zu demokratischen Strukturen. Der innere und äußere Druck, die Umstrukturierungsprozesse gerade in diesen beiden Bereichen möglichst schnell und reibungslos voranzutreiben, war in den postsozialistischen Transformationsstaaten zweifellos hoch – schien doch die Existenz und Stabilität der (teilweise neugegründeten) Nationalstaaten unmittelbar nach den Regimewechseln vor allem davon abzuhängen, dass innerhalb kürzester Zeit handlungsfähige und möglichst demokratisch legitimierte politische Entscheidungsträger gefunden und die materielle Lebensgrundlage der Bevölkerung gesichert wurden. In der Folge stiegen Beratungsaktivitäten schlagartig an, die sich sowohl an die po-

litischen Akteure in den unmittelbar betroffenen Staaten richteten als auch an internationale Organisationen (allen voran die Weltbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Internationale Währungsfonds), die in vielen Ländern maßgeblich an der Konzeption und Umsetzung politischer Transformationsmaßnahmen beteiligt waren. Beratungsbedarf meldeten auch die scheinbar unbeteiligten Regierungen vor allem der westlichen Nachbarstaaten des ehemaligen Ostblocks an, für die es nun galt, sich angesichts der neuen (außen-)politischen Lage neu zu orientieren und mit den sich kontinuierlich und tiefgreifend verändernden Strukturen umzugehen. Diesen vermeintlichen Beratungsbedarf nahmen vor allem die Wirtschafts- und Politikwissenschaften dankend auf, sehen sie sich doch in unmittelbarer ›Verantwortung‹ für die entsprechenden Funktionssysteme (vgl. von Beyme 1999: 292). Weil beiden Disziplinen zudem auch von außen entsprechende Zuständigkeiten zugeschrieben werden, erlangten sie auf dem Feld der Transformationsforschung eine dominierende Position. Diese blieb bis in die späten 1990er Jahre nahezu unangefochten, auch wenn parallel dazu Teilaspekte der postsozialistischen Transformationsprozesse seit Beginn der Regimewechsel auch in anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen thematisiert wurden. Ernsthaft zu bröckeln begann die politik- und wirtschaftswissenschaftliche Dominanz erst um die Jahrtausendwende. Neben einem von ihnen dominierten ›ersten‹ Strang der Transformationsforschung etablierte sich sukzessive ein ›zweiter‹ Strang, an dem die ›übrigen‹ sozialwissenschaftlichen Disziplinen maßgeblich beteiligt waren. Ein zentraler Abstoßpunkt dieser Entwicklung waren aufkommende Zweifel am bisher verwendeten Transformationsbegriff.

Diese Zweifel und den Wandel des Transformationsverständnisses möchte ich zum Ausgangspunkt nehmen, um im Folgenden sowohl die angedeuteten Entwicklungen auf dem Feld der Transformationsforschung nachzuzeichnen als auch auf ausgewählte Implikationen für die Reichweite wissenschaftlicher Beobachtung zu verweisen, die sich daraus ergeben. Im Anschluss daran soll das Erkenntnispotenzial eines systemtheoretischen Blicks ausgelotet werden, das sich nicht allein aus der bisher vernachlässigten Thematisierung von postsozialistischen Transformationsprozessen in der Systemtheorie ergibt (zu den wenigen Ausnahmen gehören Hayoz 1995, 1997; Pollack 1990, 1994).⁴ Stattdessen, so mein Argument, resultiert das systemtheoretische Potenzial für diesen spezifischen Forschungsbereich aus den

4 Ungeachtet dessen erwähnt interessanterweise Merkel (2010: 67) in seinem Kompendium zur Systemtransformation die Systemtheorien nach Parsons und Luhmann als eigenständige Transformationstheorien (neben Struktur-, Kultur- und Akteurstheorien). Als einziges Werk, das sich im Hinblick auf konkrete Transformationsprozesse diesem Theorierbereich zuordnen lässt, zitiert er dann jedoch einen Aufsatz von Pollack (1990) zum Zusammenbruch der DDR.

sparsamen, aber sehr präzisen theoretischen Grundannahmen sowie einem differenzlosen Verständnis der modernen Gesellschaft als Weltgesellschaft. Darauf aufbauend hält die Systemtheorie hinreichend komplexe Instrumentarien bereit, die es ermöglichen, Prozesse sozialen Wandels zu beobachten, d.h. zu unterscheiden und zu bezeichnen, verschiedene Transformationsbereiche mit ihren divergierenden Logiken in ihrer wechselseitigen Bedingtheit zu erfassen und ohne teleologischen Imperativ aufeinander zu beziehen, sowie dem Phänomen postsowjetischer Transformation an sich einen logischen Ort im Horizont der Weltgesellschaft zuzuweisen.

Geschlossener Transformationsbegriff: ›Von dort nach hier‹

Der erste Strang der Transformationsforschung, der als unmittelbare Reaktion auf die Regimewechsel in den frühen 1990er Jahren ein- und ansetzte und der von seinen Vertreterinnen und Vertretern und Kritikerinnen und Kritikern gleichermaßen als Transitologie bezeichnet wird (Müller 2001: 5f; vgl. auch die Zusammenfassung in Steimann 2010: 11ff), ist geprägt von einem – nach kybernetischem Verständnis – *geschlossenen Transformationsbegriff*. Dieser Transformationsbegriff basiert auf der Annahme definierbarer Ausgangs- und Endzustände des Transformationsprozesses. Entsprechend kann jedes Element der klar bestimmbar Ausgangssituation durch geeignete Operationen (sprich: Transformationsmaßnahmen) in ein Element des ex ante determinierten Endzustandes versetzt werden (Ashby 1974: 27ff; auch Baecker 1998 [1995]: 39). Zwar garantiert die Benennbarkeit nicht den Erfolg der Transformationsmaßnahmen. Im Falle des Scheiterns lässt sich jedoch zumindest eine Referenz angeben, um den Grad des Misserfolgs zu beurteilen, nach Möglichkeit zu korrigieren oder als Anomalie einzustufen.

An ein solches Verständnis schließen Kennzahlen und Indizes zur Messung spezifischer gesellschaftlicher Wandlungsprozesse unmittelbar an. Sie kommen vor allem dann zum Einsatz, wenn Forschungsergebnisse als Expertenwissen in die Gestaltung und Umsetzung politischer Maßnahmen einfließen und im Hinblick darauf handhabbar gemacht werden sollen. Die Kennzahlen und Indizes sorgen für eine Komplexitätsreduktion, indem sie es erlauben, politische Regime und wirtschaftliche Strukturen von Staaten allein auf die Unterscheidung von Ausgangs- und Endzustand hin zu beobachten – Demokratie|Autokratie als Varianten der inneren Ordnung der Politik und Marktwirtschaft|Planwirtschaft für die Wirtschaft – und damit die Transformationsvariablen in den Blick zu nehmen, die für die Konzeption spezifischer Maßnahmen als relevant erachtet werden.

Mit Blick auf *wirtschaftliche Transformationsprozesse*, auf denen von Beginn an ein großer Teil der wissenschaftlichen und politischen Aufmerksamkeit lag, rankte sich die entsprechende Diskussion in der Transformationsforschung seit den frühen 1990er Jahren primär um die Frage, wie der Übergang »vom Plan zum

Markt« möglichst zügig und reibungslos gestaltet werden könnte (vgl. dazu programmatisch und oft zitiert The World Bank 1997). Bald dominierten verschiedene Transformationsstrategien die Debatte, wobei sich Vertreterinnen und Vertreter der sogenannten Schocktherapie, die vor allem durch den amerikanischen Ökonomen Jeffrey Sachs bekannt wurde (vgl. z.B. De Melo/Denizer/Gelb 1996; Sachs 1996), und Befürworterinnen und Befürworter gradualistischer Strategien gegenüberstanden: Die »Schocktherapeutinnen und -therapeuten« argumentierten, dass sich mit dem Zerfall der sozialistischen Regime und der anfänglichen »Reformbegeisterung« ein begrenztes Zeitfenster öffne, das es mit der schnellen und gleichzeitigen Implementierung umfassender Liberalisierungsmaßnahmen in möglichst allen wirtschaftlichen Bereichen notfalls auch gegen den Willen der Bevölkerung zu nutzen gelte. Die Irreversibilität der gewählten Maßnahmen wiederum erzwingen sodann einen zwar schmerzhaften, aber zügigen Anpassungsprozess an die neuen Strukturen, wodurch Transformationskosten wie Arbeitslosigkeit, Inflation und Wachstumseinbußen zwar nicht vermieden, aber in einem vor allem zeitlich überschaubaren Rahmen gehalten werden könnten. Befürworterinnen und Befürworter einer gradualistischen Vorgehensweise hielten dagegen, dass sich die einzelnen Maßnahmen nicht substitutiv, sondern komplementär zueinander verhalten würden und auf Grund von Wechsel- und Abhängigkeitsbeziehungen sowohl die sachliche Reihenfolge als auch die zeitliche Gestaltung des Implementationsprozesses ausschlaggebend für den Erfolg der Transformation sei. Durch erste Erfolge, die auf diese Weise bereits zu einem frühen Zeitpunkt sichtbar würden, könne zudem die gesellschaftliche Unterstützung für die jeweils nächste Reformstufe gesichert werden (vgl. z.B. Popov 2000; Roland 2002; Schneider 1992; Staehr 2003). Bei der Beobachtung der Transformationsmaßnahmen wurden Indizes wie beispielsweise die »transition indicators« der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)⁵ (Staehr 2003) oder der Transformationsindex der Bertelsmann-Stif-

-
- 5 Die EBRD beobachtet die postsozialistischen Reformen in acht Bereichen: (1) Privatisierung von Klein- und (2) Großunternehmen, (3) Preisliberalisierung, (4) Handels- und Wechselkursliberalisierung sowie Reformen (5) im Bankensystem, (6) in der Wettbewerbspolitik, (7) der Unternehmensumstrukturierung und (8) des Wertpapiermarktes. Beurteilt wird der Reformfortschritt in allen Bereichen auf einer Ordinalskala von 1,00 (»1«) bis 4,33 (»4+«), wobei der niedrigste Wert für keine nennenswerte Abweichung vom System zentraler Planung steht und der höchste der vollständigen Implementierung marktwirtschaftlicher Prinzipien entspricht (vgl. zur Methodologie <http://www.ebrd.com/cs/Satellite?c=Content&cid=1395237866249&pagename=EBRD%2FContent%2FContentLayout> [zuletzt eingesehen am 30.4.2015]). Die ersten Bewertungen nahm die EBRD im Jahr 1994 vor. Im Jahr 2000 wurden sie für den Zeitraum von 1989 bis 1993 rückblickend ergänzt. Individuelle Bewertungen der postsozialistischen Transformationsstaaten

tung herangezogen.⁶ Beide beobachten und klassifizieren Transformationsfortschritte in einzelnen Bereichen anhand einer Ordinalskala und versuchen sie auf diese Weise länderübergreifend zu vergleichen. Als Erfolgsindikatoren werden in entsprechenden Analysen, die an diese und ähnliche Indikatoren anknüpfen, in erster Linie makroökonomische Kennzahlen wie das Wirtschaftswachstum, die Inflation oder die Arbeitslosigkeit verwendet (Blanchard 1996; Blanchard/Kremer 1997; Fischer/Sahay/Végh 1996; Selowsky/Martin 1997). Resultate sind meist mehr oder weniger konkrete Handlungsempfehlungen für die ›Transformationspraxis‹.

So wenig, wie nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Regime die Ablösung planwirtschaftlicher durch marktwirtschaftliche Strukturen als Ziel in Frage gestellt wurde, wurde in den frühen 1990er Jahren für den *politischen Transformationsprozess* bezweifelt, dass die ehemals sozialistischen Staaten nach den ersten Umbruchswirren in einen Demokratisierungsprozess eintreten würden (Carothers 2002: 6f). Demokratie, so die Erwartung, würde sich als das »only ›rightful‹ game in town« etablieren (Sartori 1991: 448), für dessen Spielregeln nach einer Übergangsphase mit umfassender gesellschaftlicher Akzeptanz zu rechnen sei. Auf dieser Überzeugung fußt Huntingtons (1991, 1993) vielzitierte These der Demokratisierungswellen, die die postsozialistischen Transformationsprozesse einer dritten Welle zuordnet.⁷ Ähnlich argumentieren Phasenmodelle des Regimewechsels, die – auch, aber nicht nur mit Blick auf Osteuropa – mit leicht variierenden Abgrenzun-

nach diesem Schema finden sich bis in die Gegenwart in den jährlich erscheinenden »Transition Reports« der Bank (vgl. zuletzt EBRD 2014).

- 6 Der Bertelsmann-Transformationsindex (BTI) beobachtet Transformationen in den Bereichen Demokratie und Marktwirtschaft gleichermaßen und umfasst entsprechend politische Indikatoren (z.B. Rechtsstaatlichkeit, politische Partizipation, Stabilität demokratischer Institutionen) und wirtschaftliche Indikatoren (z.B. Währungs- und Preisstabilität, Privateigentum, Wirtschaftsentwicklung). Er bezieht sich auf 128 Staaten, für die alle zwei Jahre ein Ranking erstellt wird (Informationen zur Indexmethodologie sowie Ländergutachten finden sich unter <http://www.bti-project.de> [zuletzt eingesehen am 30.4.2015]).
- 7 Huntingtons These zufolge zeichnen sich Demokratisierungsprozesse durch eine globale Wellendynamik aus. Zwar folgen auf Demokratisierungswellen auch immer wieder Gegenbewegungen, gemessen an der Anzahl demokratischer Regierungen sei insgesamt jedoch ein eindeutiger Trend in Richtung Demokratie zu erkennen. Die erste Welle vollzog sich von 1828 bis 1926 in Folge der Revolutionen in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Frankreich, die zweite Welle von 1943 bis 1962 wurde durch das Ende von Mussolinis Herrschaft in Italien ausgelöst und die dritte Welle, die auch über Osteuropa und die Sowjetunion ›hereinbrach‹, setzte 1974 mit dem Ende der Militärdiktatur in Portugal ein (Huntington 1993: 13ff).

gen und Bezeichnungen die Phasen der Liberalisierung, die das Ende des autokratischen Regimes einläutet, der Demokratisierung und schließlich der Konsolidierung der neuen Ordnung unterscheiden (siehe z.B. Merkel 2010: 93ff; O'Donnell/Schmitter 1991; von Beyme 1994b; auch Fuchs/Roller 2006). Folgt man dieser Sichtweise, so lässt sich der Demokratisierungsgrad messen, der Auskunft darüber gibt, an welcher Stelle sich ein Staat auf dem Weg zu einer demokratischen Ordnung des politischen Systems befindet. Beispielhaft für ein solches Vorgehen sind breit und auf globale Ländervergleiche angelegte Indizes⁸ wie – erneut – der Transformationsindex der Bertelsmann-Stiftung, Vanhanens Demokratieindex, der auf Partizipation und Wettbewerbsgrad als zentrale Dimensionen von Demokratie abstellt (Vanhanen 2006: insb. Kap. 3; vgl. auch Schmidt 2010: 374ff), oder individuelle Messversuche einzelner Autorinnen und Autoren. So konstruiert beispielsweise Haerpfer (2002) auf der Basis von Umfragedaten zur Akzeptanz demokratischer Werte einen eigenen Konsolidierungsindex und Diamond (1999: 68) sieht in einer Zustimmungsrate zum demokratischen Regime von 70 Prozent respektive einer maximalen Unterstützung autoritärer Regierungsformen von 15 Prozent die Schwellenwerte für eine erfolgreiche demokratische Konsolidierung.

Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Osteuropa und den postsowjetischen Staaten, die teilweise deutlich von den Annahmen und Prognosen der Transitologie abwichen, wuchsen gegen Ende der 1990er Jahre die Zweifel an der wissenschaftlichen Stimmigkeit der Beobachtungen respektive an dem zugrundeliegenden Transformationsverständnis. Dabei erstaunt es wenig, dass die Kritik nicht in den Politik- und Wirtschaftswissenschaften, welche das Feld der Transformationsforschung bis dahin dominiert hatten, einsetzte, sondern primär in der Soziologie, der Ethnologie, den Kulturwissenschaften, der Humangeographie und verwandten sozialwissenschaftlichen Disziplinen geäußert wurde. Diese Entwicklung ist nicht zufällig, zeichnen sich die nun verstärkt zu diesem Forschungsfeld hinzustoßenden Disziplinen doch erstens dadurch aus, dass sie sich in der Anfangsphase der postsozialistischen Regimewechsel vergleichsweise zurückhielten,

8 Für wirtschaftliche und politische Transformation gilt gleichermaßen: Vor allem dann, wenn die in diesen Analysen und im Rahmen von Modellbildungen generierten Indizes und Kennzahlen nicht nur als wissenschaftliche Beobachtungsinstrumente zum Einsatz kommen, sondern auch darüber hinaus und insbesondere in der Politik für Irritationen sorgen, lässt sich die Frage anschließen, welche Konsequenzen für die Selbst- und Fremdbeobachtung von Staaten im Hinblick auf die Herausbildung globaler Konkurrenzen mit dieser Art des Vergleichs von ›Transformationsleistungen‹ und der darin impliziten Temporalisierung von Unterschieden verbunden sein könnten (vgl. dazu die Überlegungen in Werron 2010; auch die Bemerkungen zum Entwicklungsbegriff in Stichweh 2012).

und zweitens, und vermutlich entscheidender, sich nicht a priori für spezifische gesellschaftliche Funktionssysteme zuständig erklären. Zielscheibe der Kritik war in erster Linie die binäre Logik des geschlossenen Transformationsbegriffs, der Transformation als »a simple transition from ›there‹ to ›here‹« verstand (Altwater 1998: 595) und die Operationen – politische Maßnahmen – für einen möglichst reibungslosen Übergang in den Fokus rückte:

»During the decade following the collapse of socialism, transformation processes in East and Central Europe (ECE) and in the former Soviet Union (Commonwealth of Independent States [CIS]) have been analysed as a transition from a planned economy and politically authoritarian (or totalitarian) one-party system to a free market economy with a pluralistic and democratic political system, i.e. from ›bad boys‹ socialism to ›good girls‹ capitalism.« (Altwater 1998: 591)

Eine erfolgreiche Transformation, so der Vorwurf, imitiere nach einem solchen Verständnis möglichst originalgetreu die (westlichen) Vorbilder und führe unweigerlich dazu, dass die Gegenwart nur noch im Hinblick auf die Eigenschaften idealtypischer Zukunftsvorstellungen hin bewertet werde: Der Weg zum Erfolg führe unweigerlich über die »Blaupausen« westlicher Marktinstitutionen und er tue dies ungeachtet regionaler Besonderheiten, länderspezifischer Ausgangszustände, Pfadabhängigkeiten und ähnlichem. Der Komplexität der sozialen Realität trage ein solcher Blickwinkel jedoch kaum angemessen Rechnung (Stark/Bruszt 1998: 5, 2001: 1130f; auch Baecker 1998 [1995]: 41). Ignoriert würden notwendigerweise sämtliche Zustände, die sich der Kontextur Ausgangs-|Endzustand entziehen, wie etwa die politische und wirtschaftliche Grauzone, in der sich die meisten postsozialistischen »Transformationsstaaten« in den 1990er Jahren faktisch befanden (Carothers 2002: 9). Auch die Nuancierung der analytischen Kategorien etwa durch die Einführung der »Demokratien mit Adjektiven« (Collier/Levitsky 1997) löste dieses Problem nur scheinbar, da empirisch wiederum nur eine kleine und spezifische Gruppe von Staaten erfasst wurde (Carothers 2002: 10). Theoretisch definieren sich die neuen Demokratietypen stets in Abweichung vom Modell der liberalen Demokratie als Idealtypus und basieren damit letztlich ebenfalls auf der Unterscheidung von Demokratie und Autokratie – also implizit auf einem geschlossenen Transformationsverständnis.⁹ Das Resultat ist eine zunehmend unüberschaubare Anzahl an analytischen Kategorien mit kaum steigender Erklärungskraft (für eine ähnliche Kritik vgl. auch Mommsen 2013: 132).

9 Dieser Logik folgen zum Beispiel die verschiedenen Typen »defekter Demokratien« in Merkel et al. (2003) oder die »hybriden Systeme« bei Knobloch (2006).

Um die Entwicklungen im postsozialistischen Raum verstehen zu können, so die neue Forderung, sei eine grundlegende Anpassung des Transformationsverständnisses vonnöten. Als erster Schritt in diese Richtung sei die bislang gängige Bezeichnung Transition durch den Begriff der Transformation zu ersetzen (vgl. z.B. Altvater 1998: 594f; Burawoy/Verdery 1999: 14f; Müller 2001: 10; Stark/Bruszt 1998: 80ff):

»Thus, in place of *transition* (with the emphasis on destination) we analyze *transformations* (with the emphasis on actual processes) in which the introduction of new elements takes place most typically in combination with adaptations, rearrangements, permutations, and reconfigurations of already existing institutional forms.« (Stark/Bruszt 1998: 83)

Ein solches Transformationsverständnis sei in der Lage zu berücksichtigen, dass neue Strukturen letztlich nicht *auf*, sondern *mit den Ruinen* der sozialistischen Ordnung errichtet würden (Stark 1996: 995), wobei die postsozialistischen Gesellschaften das Material zur Errichtung neuer Ordnungen in ebenjenen Ruinen fänden (Stark/Bruszt 1998: 82). Zu vermeiden sei jedoch auch, ins andere Extrem zu verfallen, also Pfadabhängigkeiten übermäßig zu betonen und die Gegenwart als schlichte Fortschreibung der Vergangenheit zu betrachten (Stark/Bruszt 1998: 5f).¹⁰

Offener Transformationsbegriff: Unordnung und »fuzziness«

Wiederum kybernetisch gewendet verbirgt sich hinter dieser Kritik und dem postulierten Richtungswechsel die Forderung nach einem *offenen Transformationsverständnis* (Baecker 1998 [1995]: 45). Im Gegensatz zum geschlossenen Transformationsbegriff geht dieses weder von fixen Ausgangs- und Endzuständen noch von benennbaren und abgrenzbaren Operationen aus, die Erstere in Letztere überführen. Stattdessen erkennt es explizit die Möglichkeit, dass zwar bestimmte Elemente des Ausgangszustands »planmäßig« übersetzt werden, andere jedoch ausgegrenzt werden und »ins Leere laufen«. Ebenso ist es denkbar, dass im Verlauf des

10 Eine solche Sichtweise, die Stark und Bruszt (1998) vor allem in der kritischen Transformationsforschung ausmachen, bezeichnen sie als »involution« (im Gegensatz zu »imitation«): »Whereas neoliberalism sees blueprints for the imitation of market institutions as the road to progress, the contrary view perceives the weight of the socialist past as so heavy that attempts at marketization and democratization become the path to retrogression. One advocate of this view, Michael Burawoy, for example, identifies the postsocialist epoch as a period not of imitation but of »involution«. [...] Burawoy's prescriptions follow directly from the idea that the postsocialist present is condemned by its past.« (Stark/Bruszt 1998: 5f)

Transformationsprozesses selbst neue Elemente entstehen, für die es keine Entsprechung im Ausgangszustand gibt und die somit auch nicht das Resultat einer Übersetzung sein können, sondern als emergente Produkte des eigendynamischen Übersetzungsvorgangs selbst zu verstehen sind. Transformation ist als »in hohem Maße selektiv« zu begreifen (Baecker 1998 [1995]: 46) oder – um geläufigere Begriffe der Transformationsforschung zu verwenden – als ein nicht linearer Prozess, »but a combined and uneven one having multiple trajectories. [...] That is, policies combine with preexisting circumstances in different ways to produce different outcomes and reactions« (Burawoy/Verdery 1999: 14f). Ein solcher Prozess lässt sich kaum noch auf vollständig oder partiell erreichte Ziele hin beobachten, sondern ist durch Unsicherheit, Vielschichtigkeit, Unordnung, Simultaneität, Verschwommenheit und dergleichen mehr gekennzeichnet (vgl. den Überblick in Steimann 2010: 22ff).

Die Kritik am geschlossenen Transformationsverständnis und den daran anschließenden Arbeiten mündete in einen zweiten Strang der Transformationsforschung, der um die Jahrtausendwende einsetzte. Bemerkenswert ist, dass sich dabei ungeachtet der disziplinären Vielfalt sowohl hinsichtlich der Forschungszugänge als auch mit Blick auf die spezifischen Gegenstände bald Ähnlichkeiten und gemeinsame Schwerpunkte herauskristallisierten.¹¹ Eine *erste* Gemeinsamkeit ist das Verlassen der ›Vogelperspektive‹ auf den Untersuchungsgegenstand: An die Stelle statistischer Auswertungen von Makrodaten und der Analyse formal-gesetzlicher Regelungen (nationaler Verfassungen, einzelner gesetzlicher Regelungen und ähnliches) trat die Beobachtung lokaler Kommunikation durch Fallstudien und qualitative Forschungsdesigns – nun regelmäßig auftauchende Bezeichnungen wie ›lokale Arrangements‹ oder ›individuelle Praktiken‹ deuten dies an. *Zweitens* liegt ein inhaltlicher Schwerpunkt auf wirtschaftlicher Transformation und dabei vor allem auf Privatisierungsprozessen. Möglicherweise ist dies darauf zurückzuführen, dass das Scheitern respektive die Unzulänglichkeiten der frühen Transformationsmaßnahmen in diesem Bereich anhand ökonomischer Kennzahlen besonders deutlich beobachtbar waren und gleichzeitig die Befürworterinnen und Befürworter der zugrundeliegenden Modelle mit ihrem selbstbewussten Auftreten eine Gegenbewegung geradezu provozierten. Ein *drittes* einendes Moment ist schließlich die Suche nach alternativen Konzepten zu den Modellen der ersten Stunde, die sich insbesondere an der analytischen Kategorie des Privateigentums entzündeten. Die Kritik zielt zum einen auf die ›westliche‹ oder ›europäische‹ Dichotomie von privatem und kollektivem Eigentum, die alternative Eigentumsformen ebenso ignorierte wie die Einbettung von Eigentum in eine Vielzahl sozialer (wirtschaftlicher und nicht-

11 Im Folgenden geht es um das Nachzeichnen von allgemeinen Forschungstrends. Die Darstellung impliziert nicht, dass keine Arbeiten entstanden sind, die von den genannten Merkmalen abweichen.

wirtschaftlicher) Beziehungen. Zweifel richten sich zum anderen auf den vor allem in neoklassischen Modellen postulierten Zusammenhang zwischen klar definierten (privaten) Eigentumsrechten und wirtschaftlichem Wachstum und Wohlstand. Und bemängelt wird schließlich die ideologische Komponente, die mit einem solchen Eigentumsverständnis verbunden sei und die nicht zuletzt auch in den Privatisierungsmaßnahmen im postsozialistischen Kontext zum Tragen kommt (für diese Gemeinsamkeiten und Kritikpunkte vgl. z.B. Blomley 2005; Blomley/Sturgeon 2009; Hann 1998, 2006: Kap. 2; Humphrey/Verdery 2004; Sturgeon/Sikor 2004; Wolford 2007).

An diese Bedenken anschließend gruppieren sich die Arbeiten lose um drei alternative Eigentumskonzepte. Gleichwohl diese Konzepte in der Diskussion nicht scharf abgegrenzt werden, stellen sie je Unterschiedliches ins Zentrum: Dies ist erstens die Kontrastierung des westlichen eigentumsbasierten Regimes mit der sozialistischen Ordnung auf Grundlage von *Zugangsrechten* (»property-based« vs. »access-based regimes«) (vgl. Amelina 2001: 44ff). Das zugangsrechtsbasierte Regime habe auch über den Zusammenbruch der Sowjetunion hinaus deutliche Spuren hinterlassen und sei folglich bei der Analyse postsozialistischer Eigentumsregime zu berücksichtigen: »In assessing the failures and successes of any transition, it is important to analyze the differences in the goals and set of skills that the managers and the administrators need in order to succeed in an access-based distribution system as opposed to an ownership-based one« (Amelina 2001: 46). In einem ähnlichen Zusammenhang zitiert Humphrey (2002: 144f) einen Berater einer Regionalverwaltung zur Landwirtschaftsumstrukturierung mit den Worten: »We have no tradition of private property. People don't even feel it. [...] In our society, everything depends on your post and your power-authority. You feel yourself an owner because of your powerful position, not because of your legal rights«. Ein zweiter Begriff, der in der Debatte Prominenz erlangt hat und mit leicht verschobenem Fokus an die Logik der Zugangsrechte anschließt, ist »fuzziness« (vgl. den Überblick in Sturgeon/Sikor 2004). Richtungweisend waren dabei vor allem die Arbeiten der Ethnologin Katherine Verdery, die den Begriff auf Grundlage ihrer ethnographischen Studien zum Dekollektivierungsprozess im ländlichen Rumänien geprägt hat (Verdery 1998, 1999, 2003). Erfasst werden soll die Ambiguität postsozialistischer Eigentumsregime, die sich den klaren Kategorien des neoklassischen Eigentumskonzepts entziehen (Verdery 1999: 54f): »[P]ost-socialist property rights are »fuzzy« in the sense that they lack clarity of borders, owners and exclusion« (Sturgeon/Sikor 2004: 3). An diese Beschreibung schließt drittens wiederum der Begriff des »recombinant property« an, der auf wirtschaftssoziologische Arbeiten David Starks zum Privatisierungsprozess ungarischer Unternehmen zurückgeht (Stark 1996). Die im postsozialistischen Kontext emergierenden »gemischten« Eigentumsformen, so Stark (1996: 997), »blur (1) the boundaries of public and pri-

vate, (2) the organizational boundaries of enterprises, and (3) the boundedness of justificatory principles«. Auch hier liegen die Reibungspunkte zum neoklassischen Eigentumsbegriff auf der Hand.

Während der Transitologie mit Blick auf wirtschaftliche Transformationsprozesse scharfe Kritik entgegenschlug und daraus ein recht klar konturierter Diskussionszusammenhang erwuchs, ist ähnliches mit Blick auf die Transformation des Politischen weitgehend ausgeblieben. Dies gilt ungeachtet der Beobachtung, dass vor allem die Annahmen liberaldemokratischer Konzepte, die Phasenmodelle des Regimewechsels und die quantitativen Zugänge und Messversuche immer wieder kritisch beäugt wurden (für Kritik an der »Konsolidologie« vgl. z.B. von Beyme 1999: 291ff; auch den Überblick in Mommsen 2013). Alternativkonzepte werden jedoch nicht oder zumindest nicht mit derselben Entschiedenheit angestrebt wie es im Rahmen der Analyse wirtschaftlicher Umstrukturierungsprozesse zu beobachten ist. Obwohl gerade in Arbeiten zum ländlichen Raum regelmäßig betont wird, dass wirtschaftliche *und* politische Transformationsmaßnahmen für das Verständnis der Wandlungsprozesse gerade in kleinen Gemeinden gleichermaßen relevant seien, stehen Phänomene wie Demokratisierung, Dezentralisierung und Verwaltungsreformen auf der kommunalen Ebene wenn überhaupt am Rande der Untersuchung und finden nur dann besondere Beachtung, wenn sie für den Verlauf der Privatisierungsprozesse unmittelbar relevant erscheinen (so z.B. zu sehen bei Allina-Pisano 2004; Lindner 2008; Verdery 2002).

Stehen Dezentralisierungsprozesse und kommunale Verwaltung als Reformbereiche hingegen explizit im Fokus, scheint die Art der Beobachtung und der Zugang zu diesen Phänomenen von den skizzierten Wandlungsprozessen in der Transformationsforschung wenig tangiert zu sein: Beobachtet werden im Wesentlichen Gesetze und Reformmaßnahmen unter Gesichtspunkten wie lokale Partizipation, Eigenständigkeit der Verwaltungsorgane oder formale Gewaltenteilung (z.B. Campbell 1995, 2006; Gelman 2007; Lankina 2005; Ross 2006, 2009; Wollmann/Gritsenko 2009). Der Blick liegt damit mehr oder weniger ausschließlich auf Operationen (Transformationsmaßnahmen) und nicht, wie es ein offenes und »nichttriviales« Transformationsverständnis (Baecker 1998 [1995]) nahelegen würde, auf dem Operanden, also der Gesellschaft, in der und auf die bestimmte Maßnahmen und Strategien angewendet werden und die diese Operationen zu bewältigen hat (Baecker 1998 [1995]: 48). Die Umsetzung der formalen Akte und die dadurch induzierten gesellschaftlichen Strukturänderungen bleiben folglich weitgehend außen vor.

Postsowjetische Transformationen in der Weltgesellschaft: Zum Potenzial eines systemtheoretischen Blicks

Die beiden Stränge der Transformationsforschung – die Transitologie und ihre Gegenbewegung – werden ungeachtet ihrer betont zur Schau gestellten Gegensätzlichkeit durch eine Leitdifferenz zusammengehalten, an der sie sich aus konträren Richtungen kontinuierlich abarbeiten und gerade dadurch auch reproduzieren: Der Gegensatz zwischen ›Ost‹ und ›West‹ respektive die (latent) unterstellte grundsätzliche Andersartigkeit postsozialistischer Gesellschaften im Vergleich mit westlichen Gesellschaften fungiert in beiden Strängen gleichermaßen als Explanans und Fluchtpunkt der Forschung. In der Transitologie kommt diese Differenz in der Unterscheidung von Ausgangszuständen (Planwirtschaft und Autokratie) und Endzuständen (Marktwirtschaft und Demokratie) zum Ausdruck. Mit geeigneten Maßnahmen sollen die ›östlichen‹ postsozialistischen Gesellschaften dazu gebracht werden, von der einen auf die andere Seite zu wechseln, und den Gegensatz zum ›Westen‹ auf diese Weise in ihrem eigenen Interesse überwinden. Werden die angestrebten Endzustände verfehlt, lässt sich die Andersartigkeit sowohl zur Begründung des Scheiterns als auch als Orientierungspunkt für die Rekonzeption der entsprechenden Maßnahmen ins Feld führen. Deutlich wird der Gegensatz von ›Ost‹ und ›West‹ aber auch mit Blick auf die Gegenbewegung zur Transitologie: Die Andersartigkeit der postsozialistischen Gesellschaften ist hier sowohl Ausgangspunkt für die Kritik an konkreten transformationspolitischen Maßnahmen als auch für die Beschreibung abweichender Entwicklungswege und die Ableitung alternativer Konzepte. Im Unterschied zur Transitologie steht dahinter jedoch die Annahme der prinzipiellen Unüberwindbarkeit des Gegensatzes zwischen ›westlichen‹ und ›postsozialistischen‹ Gesellschaften, was letztlich dazu führt, dass gängige Transformationsmaßnahmen ebenso wie ›westliche‹ Modelle und Theorien per se als unangemessen gelten.

Die Transitologie neigt dazu, gesellschaftliche Komplexität in ihren Modellen und deren Anwendung zu unterdrücken. Demgegenüber tendieren die Vertreterinnen und Vertreter der Gegenbewegung dazu, gesellschaftliche Komplexität in ihren Alternativkonzepten lediglich zu spiegeln: Meist stützen sich die Analysen vornehmlich auf vermeintlich erwartungsfreie dichte Beschreibungen der beobachteten Phänomene und versuchen, sich durch diesen Zugang zur Empirie von Konzepten, die sich an abstrakten Modellen orientieren, betont zu distanzieren. Mit den wirtschaftswissenschaftlichen Kategorien wird dabei jedoch nicht selten gleich jegliche Theorie oder Anwendung von ›Großkategorien‹ mehr oder weniger strikt abgelehnt. So liegt beispielsweise zwar allen drei oben skizzierten Eigentumskonzepten im Kern die Forderung nach einem soziologischen Eigentumsbegriff zugrunde. Dieser müsste im Unterschied zur wirtschaftswissenschaftlichen Lesart anerkennen,

dass Eigentum zwar immer auch auf bestimmte Objekte verweist, sich seine gesellschaftliche Relevanz jedoch daraus ergibt, dass Eigentumsbeziehungen in erster Linie soziale Beziehungen zwischen Personen – Eigentümern und Nicht-Eigentümern – sind: »[P]roperty« is about social relations, relations among persons rather than between persons and things« (Verdery 1999: 75; auch Hann 2006: 19). In (empirischen) Arbeiten, die an diese Feststellung anschließen und sie teilweise explizit aufgreifen, wird dieses Soziologisierungspostulat jedoch nicht konsequent weiterverfolgt. Soziologische Eigentumskonzepte (vgl. z.B. Carruthers/Ariovich 2004; Fligstein 2001; klassisch Weber 1964) kommen in diesem Bereich der Transformationsforschung faktisch nicht vor oder bleiben – sofern sie dennoch erwähnt werden – folgenlos.

Einen Eigentumsbegriff, der sich an dieser Stelle anschließen lässt, hält beispielsweise die Systemtheorie bereit. Nach ihrem Verständnis bildet sich Eigentum, wenn der Zugriff auf knappe Mengen Positionen des Habens und des Nicht-Habens kondensiert. Eigentum ist die Erstcodierung von Knappheit und dabei stets exklusiv: Wenn die einen etwas (in Form von Verfügungsrechten) besitzen, sind alle anderen vom Gebrauch ausgeschlossen (Luhmann 1988: 187f; Baecker 2006: 52f). Beide Seiten der Unterscheidung Eigentum|Nicht-Eigentum bieten Ansatzpunkte für (wirtschaftliche) Anschlusskommunikation, die sich in der modernen Gesellschaft üblicherweise im Medium des Geldes vollzieht. Zahlungen als Zweitcodierung von Knappheit respektive das Medium des Geldes machen das knappgehaltene Eigentum liquide und sorgen für die Reproduktion der Wirtschaft, indem mit Hilfe von Geld die Knappheitsparadoxie bearbeitet wird. Geld ermöglicht das Erleben der Knappheitsreduktion anderer, welche ohne Zahlungen Handeln wahrscheinlich machen würde. Die Wahrscheinlichkeit, dass Zahlungen an Zahlungen anschließen, steigt – auch weil Geld fast beliebig transformierbar ist (Baecker 2006: 48ff; Deutschmann 2009a; Esposito 2008: 126).

An dieses Eigentumsverständnis lassen sich zwei Überlegungen anschließen, die auch im Hinblick auf den postsozialistischen Transformationsbegriff relevant sind: Die *erste* zielt auf die innere Ordnung von Wirtschaft und die Ausgestaltung von Knappheitskommunikation. In den Fokus rücken dabei zum einen das Verhältnis und die relative Reichweite von Markt als lose und Hierarchie als fest gekoppelte Formen der Knappheitskommunikation (vgl. Baecker 2006: 121ff, 2008: 114). Zum anderen lässt sich in diesem Zusammenhang nach den Inklusions- und Exklusionsformen fragen, mit denen Eigentum stets verbunden ist und bei deren Gestaltung und Verschiebung diverse gesellschaftliche Kontexte zum Tragen kommen können. Neben formal-rechtlichen Kontexten, denen in westlichen Gesellschaften meist eine hervorgehobene Bedeutung zukommt, wirken sich Aspekte wie die Zugehörigkeit zu einer Gruppe, der Verweis auf Traditionen, religiöse Strukturen und ähnliches potenziell auf das jeweils konkrete Erscheinungsbild von Eigentum aus.

Die *zweite* Überlegung dreht sich weniger um die innere Verfasstheit von Wirtschaft als vielmehr um die Grenzen des Wirtschaftssystems gegenüber seinen Umwelten. Zu fragen ist dann, an welchen Stellen Knappheitskommunikation in andere Kommunikationsformen umschlägt, was überhaupt für knapp gehalten und potenziell zum Gegenstand wirtschaftlicher Kommunikation gemacht wird und auf welche Weise sich dabei Verschiebungen beobachten lassen. Das Erkenntnisinteresse von vielen der genannten Arbeiten über postsozialistische Transformations- und speziell Privatisierungsprozesse lässt sich einer oder beiden dieser Richtungen zuordnen, auch wenn dies in den Arbeiten selbst in der Regel nicht auf diese Weise expliziert wird. Nicht ohne Grund, denn offensichtlich fehlen die Mittel, um das, was beobachtet wird und in seiner inhaltlichen Substanz überwiegend gar nicht bestritten werden soll, theoretisch einzuordnen und handhabbar zu machen.

Doch auch über den speziellen Transformationsbereich der wirtschaftlichen Privatisierung mit seinen spezifischen Problemlagen hinaus finden sich gute Gründe für einen systemtheoretischen Blick auf die sozialen Wandlungsprozesse im postsovietischen Raum. In erster Linie ist dabei von Belang, dass die Systemtheorie nach Luhmann von einem operativen Gesellschaftsbegriff ausgeht, dem zufolge sich Gesellschaft über Kommunikation – und nur über Kommunikation – als basales Element vollzieht. Die Grenzen der Gesellschaft ergeben sich damit über die Verknüpfungsfähigkeit von Kommunikationen, sodass im Umkehrschluss von einem autonom operierenden Gesellschaftssystem nur dann die Rede sein kann, wenn keine kommunikativen Verknüpfungen mit anderen Gesellschaften existieren respektive auf ein Minimum (beispielsweise die bloße wechselseitige Wahrnehmung) reduziert sind (Stichweh 2006: 239; auch 2000 [1999]). Gleichzeitig gilt die Gesellschaft in der Systemtheorie als das umfassendste Sozialsystem (oder das Sozialsystem höchster Ordnung), das sich zwar intern differenziert, ohne dass die jeweiligen kommunikativen Strukturen und Prozesse aber aus der Gesellschaft herausfallen würden (Luhmann 1997: 145ff; mit Bezug auf Parsons: Stichweh 1995: 32). Daraus folgt unter anderem und mit einer bei anderen Theorien nicht erkennbaren Radikalität, dass die Trennung oder gar Opposition von Gesellschaft und ihren Teilsystemen – etwa der Wirtschaft – in etwa so gehaltvoll ist wie die Unterscheidung von Tieren und Katzen: »Alles wirtschaftliche Handeln ist soziales Handeln, daher ist alle Wirtschaft immer auch Vollzug von Gesellschaft« (Luhmann 1988: 8).

Für die moderne Gesellschaft ist vor dem Hintergrund dieser Überlegungen davon auszugehen, dass nur die Weltgesellschaft als selbstgenügsames Sozialsystem und damit differenzlos operiert (Luhmann 1997: 145ff; Stichweh 2006: 239f). Die Weltgesellschaft weist, so argumentiert Stichweh (2006), eine Reihe sogenannter Eigenstrukturen auf, also Strukturen, die mit dem Phänomen der Weltgesellschaft in einem Verhältnis wechselseitiger Intensivierung stehen, indem sie »die Herausbildung der Weltgesellschaft in dem Maße [befördern], in dem sie selbst ihr

Profil immer deutlicher gewinnen. Umgekehrt werden sie durch das vorhandene System der Weltgesellschaft privilegiert, weil sie sich als kompatible Muster erweisen« (Stichweh 2006: 241). Eine zentrale Bedeutung kommt dabei den Funktionssystemen zu, die sich als primäre Differenzierungsform der Weltgesellschaft in Form globaler Kommunikationszusammenhänge herausgebildet haben. Als nahe-liegende Kandidaten für weitere Eigenstrukturen erscheinen darüber hinaus (for-male) Organisationen, Netzwerke, epistemische Gemeinschaften, Weltereignisse und Märkte.

Aus diesen Annahmen folgt wohlgermerkt nicht, dass sich regionale Besonderheiten zu Gunsten weltgesellschaftlicher Strukturen homogenisieren und einebnen oder andere Differenzierungsformen notwendigerweise und zwingend verschwin-den (zu Unterschieden und Ungleichzeitigkeiten in der Weltgesellschaft vgl. Stich-weh 1995: 33). Zwar wohnt gerade Funktionssystemen eine erhebliche Penetrati-onskraft inne, die auf die Reproduktion über binäre Codes und die Verwendung symbolisch generalisierter Kommunikationsmedien zurückzuführen ist und die sich (auch) auf die autonomen »Regionalkulturen der Welt« (Stichweh 2006) richtet. Geht man dabei jedoch – erneut mit Stichweh – davon aus, dass die Bildung sozia-ler Strukturen kumulativ erfolgt, dass neue Strukturen die alten nicht ersetzen und zum Verschwinden bringen, sondern sie überlagern, mit ihnen koexistieren und gegebenenfalls zu neuen Formen verschmelzen, dann müsste sich die Reproduktion regionaler Idiosynkrasien über die spezifischen Bedingungen des Aufeinandertref-fens und die spezifische Gestaltung der Koexistenz regionaler Differenzierungs-formen und weltgesellschaftlicher Eigenstrukturen erklären lassen.

Die Überlegungen zu den Strukturen der Weltgesellschaft und zu regionalen Besonderheiten lenken den Blick nicht allein auf postsowjetische Transformations-prozesse, sondern erweitern sehr grundsätzlich die Perspektive auf innergesell-schaftliche Diversität. Zu denken ist hier an Beschreibungen wie »kapitalistische«, »demokratische« oder eben auch »(post-)sozialistische« Gesellschaften. Insofern die Systemtheorie über ihren Gesellschaftsbegriff zunächst die grundsätzliche Einheit von Gesellschaft betont, die sich über Kommunikation und das Anschließen von Kommunikation an Kommunikation reproduziert, müssen sowohl der Sozialismus als auch der Kapitalismus als innere Variationen dieser Weltgesellschaft gesehen werden.¹² Dies gilt ungeachtet ihrer signifikanten strukturellen Unterschiede und trotz des hermetisch anmutenden »Eisernen Vorhangs«. Analytisch sind sie weder

12 Wenn im weiteren Verlauf dieser Arbeit dennoch vereinzelt die Rede von der »sowjeti-schen Gesellschaft« ist, dann trägt dies allein der besseren Lesbarkeit Rechnung und ge-schieht im Wissen um die damit verbundenen theoretischen Unschärfen. Theoretisch kor-rekt, aber sprachlich ungleich sperriger wäre beispielsweise die Bezeichnung als »sowjetisches Segment der Weltgesellschaft«.

als unterschiedliche, noch als einander ablösende Gesellschaftstypen mit verschiedenen Operationsweisen zu begreifen und damit voneinander zu trennen (Baecker 1998 [1995]: 54). Ohnehin und ganz praktisch sind sie auch empirisch nicht als voneinander autonom operierende und in diesem Sinne ›eigenständige‹ Gesellschaften zu beobachten. Daraus folgt, dass sich

»auch das Jahr 1989¹³ nicht als Jahr des Zusammenbruchs einer Gesellschaftsformation beschreiben [lässt], sondern vielmehr als ein Datum, mit dem unübersehbar wurde, daß die unter dem Programm des Sozialismus laufende Reproduktionsform der Gesellschaft an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit angelangt war.« (Baecker 1998 [1995]: 56f)

Diese Überlegung lässt sich mit einer Implikation des bereits skizzierten offenen oder nichttrivialen Verständnisses von Transformation ergänzen, die darauf verweist, dass alle Bestandteile des geschlossenen Transformationsprozesses – Anfangs- und Endzustand, Operationen und Operand – nun nicht mehr als exogene Faktoren in den Prozess einfließen, sondern endogenisiert werden (Baecker 1998 [1995]: 50ff). Alle Elemente, die den Verlauf des Transformationsprozesses bestimmen, werden im Prozess selbst hervorgebracht, sodass Transformation zu einem Spezialfall von Rekursivität wird: »Die Transformation unterliegt selbst der Transformation und kann für die Variation der Elemente der Transformation auf nichts anderes als auf Transformation verweisen« (Baecker 1998 [1995]: 51). Durch den ständig mitlaufenden Verweis auf sich selbst übersetzt Transformation nicht nur Zustände, sondern führt Veränderung herbei, die Übersetzung wünschbar machen, ermöglichen oder auch verhindern. Kontinuierlich verändert sie damit nichts weniger als ihre eigenen Voraussetzungen und dies sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht (Baecker 1998 [1995]: 54). An die Stelle definierbarer Ausgangs- und Endzustände tritt der »offene Prozeß einer sich selbst mitverändernden Transformation« (Baecker 1998 [1997]-b: 104), deren Verlauf sich aus dem Zusammenwirken des Dualismus von Steuerung und Intentionalität (auf der Innenseite) und Prozessualität im Sinne einer Offenheit gegenüber gesellschaftlicher Komplexität (auf der Außenseite) ergibt (Baecker 1998 [1995]: 49). Die Beobachtung von Transformation – und dies gilt auch für den postsowjetischen Fall – ist dann die Beobachtung einer Transformationsgesellschaft, »die bestimmte Zustände ihrer selbst als ›sozialistisch‹, andere als ›kapitalistisch‹ bezeichnet und auf der Suche nach Übersetzungsregeln ist, die die einen in die anderen zu transformieren erlaubt« (Baecker 1998 [1995]: 54).

»There is no theory of transition« (vgl. Steimann 2010: 19) – diese in der Transformationsforschung regelmäßig und je nach Autorin oder Autor und Adressatin

13 Baecker bezieht sich hier auf den Zusammenbruch der DDR.

oder Adressaten mal resignierend, mal belehrend und mal triumphierend geäußerte Behauptung mag vor diesem Hintergrund für den postsowjetischen Fall durchaus zutreffend sein, sofern damit das Postulat der theoretischen Herleitung eines gesellschaftlichen Zielzustandes samt entsprechender Kausalitäten und Gesetzmäßigkeiten gemeint ist. Sie steht allerdings nicht im Widerspruch zu einem theoretisch informierten Blick auf die postsowjetische Transformationsgesellschaft. Ein Blick, der geboten ist, um die Besonderheiten dieser Region in der Weltgesellschaft und deren Ordnung als Ordnung der Kommunikation (Baecker 2007: 105) nicht nur zu beschreiben, sondern auch zu verstehen. Der systemtheoretische Zugang ist eine Möglichkeit, dabei gesellschaftliche Komplexität weder zu unterdrücken noch zu spiegeln, sondern durch theorieinternen Komplexitätsaufbau zu reduzieren respektive aufzuheben¹⁴ (Luhmann 1995 [1984]: I) und entlang der skizzierten theoretischen Kategorien systemintern zu strukturieren.

Erkenntnisinteresse und Argumentationsverlauf

Die vorliegende Studie bewegt sich thematisch im Kontext politischer Dezentralisierungs- und wirtschaftlicher Privatisierungsprozesse, wobei der jüngste Reformversuch im Bereich kommunaler Verwaltung, das seit Anfang 2006 geltende Gesetz Nr. 131 »Über allgemeine Prinzipien der Organisation lokaler Selbstverwaltung in der Russischen Föderation«, den primären Orientierungspunkt für die empirische Argumentation setzt. Konkret geht es um die *Frage*, welche Strukturen und Ordnungen sich in ländlichen Gemeinden Russlands mit Blick auf diesen Reformbereich und die daraus hervorgehenden Irritationen für die lokalen Kommunikationszusammenhänge herausbilden. Erklärungsbedürftig sind dabei Wandlungsprozesse ebenso wie Kontinuitäten, die sich mit Blick auf die spezifischen Strukturmerkmale des ländlichen Raums unter dem sowjetischen Regime beobachten lassen. Vor dem Hintergrund der einleitenden Überlegungen zum Stand der Transformationsforschung und zum Potenzial einer systemtheoretischen Perspektive lässt sich dieses Erkenntnisinteresse in zwei Kontexte einordnen: Der *Beitrag zur Transformationsforschung* ergibt sich daraus, dass mit Kommunalreformen und den in ihrem Kontext stattfindenden Prozessen sozialen Wandels in den ländlichen Gemeinden ein Gegenstand beleuchtet wird, der in zweifacher Hinsicht bislang ein Schattendasein führte. Zum einen ist die Anzahl der Arbeiten zu dieser spezifischen Thematik überschaubar, zum anderen liegt der Fokus bisheriger Analysen meist auf dem In-

14 Zu dieser Form der Komplexitätsreduktion bemerkt Luhmann (1995 [1984]: I): »Thus the presentation of theory itself practices what it preaches: the reduction of complexity. Yet for it, reduced complexity is not excluded complexity, but rather ›sublated‹ [aufgehobene] complexity.«

halt von Formalstrukturen und gesetzlichen Regelungen, die hier bewusst nicht in den Vordergrund gerückt werden. Gleichzeitig versteht sich die vorliegende Studie als *Beitrag zur soziologischen – und speziell: systemtheoretischen – Diskussion um den Begriff und die Strukturen der Weltgesellschaft*, indem mit Blick auf zwei russische Gemeinden das Aufeinandertreffen und Zusammenspiel regionaler und globaler Strukturen detailliert analysiert und der Prozess der Herausbildung einer spezifischen regionalen Ordnung in der modernen Weltgesellschaft exemplarisch nachgezeichnet wird.

Im Hinblick auf diese Interessen und Ansprüche gliedert sich die Analyse in drei Hauptteile: Im *ersten Argumentationsschritt* fokussiere ich die Vergangenheit der ländlichen Gemeinden und frage nach der Variante gesellschaftlicher Differenzierung, die sich im sowjetischen Regime herausgebildet hat. Den wesentlichen theoretischen Schlüssel zum Verständnis dieser Variante bilden zum einen die Unterscheidung von Code und Programm gesellschaftlicher Funktionssysteme sowie zum anderen die Merkmale von Organisationen, auf welche die Prozesse gesellschaftlicher Reproduktion in der Sowjetunion kontinuierlich verweisen. Sozialismus (dies gilt zumindest für die sowjetische Lesart) lässt sich entsprechend als ein Gesellschaftsprogramm mit umfassendem Geltungsanspruch beschreiben, anhand dessen die Gesellschaft unter der Führung der Einheitspartei entlang von zwei Leitunterscheidungen eingerichtet und strukturiert werden sollte: Erstens die Unterscheidung von (Voll-)Inklusion im Sinne einer umfassenden politischen Adressierbarkeit und Exklusion, zweitens die Unterscheidung von Hierarchie (oder Planwirtschaft) und Markt respektive von Kollektiv- und Privateigentum. Das sozialistische Programm beanspruchte, im Rahmen dieser Unterscheidungen jeweils die erstgenannte Seite zu markieren und die letztgenannte als »kapitalistisches Anderes« mitlaufen zu lassen. Das wesentliche Instrument zur Programmumsetzung waren Organisationen. Sämtliche gesellschaftliche Operationen sollten in einen von zwei Organisationstypen integriert werden: Entweder in die Partei, die sich an die Spitze der Gesellschaft setzte und die interne Entdifferenzierung des politischen Systems bewirkte, oder in einer Vielzahl von Massenorganisationen in allen gesellschaftlichen Bereichen, die für die umfassende Inklusion aller zuständig waren.

Die Identifikation von zwei Leitunterscheidungen und einem zentralen Implementationsmechanismus bedeutet keineswegs, dass die sozialistische Programmierung der Gesellschaft in dieser intendierten umfassenden Weise gelang. Aber sie fungieren in der Selbst- wie auch in der Fremdbeobachtung des sowjetischen Regimes als Referenzpunkte, über die sich sowohl die Konformität mit als auch die Abweichung von den politischen Idealen und den daraus abgeleiteten Maßnahmen erschließen. Beispielhaft verdeutlichen lässt sich dies mit Blick auf die Strukturmerkmale sowjetischer ländlicher Gemeinden: An den landwirtschaftlichen Kollektivbetrieben als dörfliche Massenorganisation lässt sich illustrieren, wie sowohl

die Hierarchisierung wirtschaftlicher Kommunikation und die Eigentumskollektivierung als auch die umfassende Inklusion der Dorfbevölkerung in Organisationsstrukturen wirkungsvoll umgesetzt wurden. Der Kolchos generierte sich innerhalb des Dorfes als Machtinstanz, wohingegen der Gemeindeverwaltung eine untergeordnete Position zukam. Gleichzeitig führte die Dominanz der Kollektivbetriebe aber dazu, dass sich die ländlichen Gemeinden als weitgehend abgeschlossene Kommunikationszusammenhänge innerhalb der staatlich gelenkten Hierarchie etablierten, in denen sich bemerkenswerte Spielräume für abweichende »regimefremde« Kommunikationsformen – beispielsweise in Form privater Hoflandwirtschaften und wirtschaftlicher Kommunikation – eröffneten. Es lässt sich zeigen, dass regimekonforme und -abweichende Strukturen in den Gemeinden nicht nur koexistierten, sondern sich durch kontinuierliche Verweise aufeinander reproduzierten und zunehmend ineinander verzahnten. Die ländlichen Gemeinden stehen damit nicht nur beispielhaft für die Funktionslogik der sowjetischen Gesellschaft, indem hier Reichweite und Bruchstellen des sozialistischen Programms hervortreten. Sie sind auch ein instruktiver Ansatzpunkt, um durch den Regimewechsel induzierte Wandlungsprozesse zu beobachten, im Zuge derer speziell Privatisierungs- und Dezentalisierungsmaßnahmen die Kontrapunkte zu den zentralen Strukturmerkmalen des sowjetischen Dorfes bildeten.

An den Maßnahmen politischer Dezentralisierung und der Einführung kommunaler Selbstverwaltung sowie deren wissenschaftlicher Beobachtung setzt der *zweite Argumentationsschritt* an. Mit Blick auf die Entwicklungspolitik und -forschung lässt sich zeigen, dass dieser Reformbereich in einen allgemeinen Trend einzuordnen ist, der in Richtung des »Lokalen« weist und von der Abkehr vom sogenannten Washington Consensus als entwicklungspolitisches Leitbild geprägt ist. Im Zuge dieser Verschiebung gewannen unter anderem drei Argumentationslinien (zum Teil erneut) an Aufschwung: Politische Dezentralisierung und kommunale Selbstverwaltung werden im Horizont von (i) wirtschaftlicher Effizienz, (ii) der Einführung und Stärkung demokratischer Strukturen und (iii) der Stärkung respektive Ermächtigung (»empowerment«) lokaler Gemeinschaften beobachtet. Alle drei Argumentationslinien sind, wenngleich je unterschiedlich, an politische Zielsetzungen und normative Vorstellungen darüber gekoppelt, wie Gesellschaft strukturiert sein sollte. Diese enge Kopplung erschwert oder verhindert gar eine wissenschaftliche Reflexion, verstellen die einschlägigen Begriffe doch eher den Blick auf das Phänomen der Dezentralisierung und der kommunalen Verwaltung an sich.

Verzichtet man hingegen auf derartige politische und/oder normative Setzungen und nähert sich aus einer soziologischen Perspektive, die nach Kommunikations- und Beobachtungsformen im Zusammenhang mit Dezentralisierung und kommunaler Selbstverwaltung fragt, dann treten sie als eine Form der internen Differenzie-

rung des politischen Systems hervor, im Zuge derer sich Organisationen bilden und etablieren und Inklusionsmodi verschieben respektive vervielfältigen. Vor dem Hintergrund der Überlegungen zur sowjetischen Organisationsgesellschaft erlaubt ein auf diese Weise geschärfter Blick am Beispiel der jüngsten Kommunalreform in Russland potenzielle Bruchstellen der sowjetisch geprägten Strukturen ländlicher Gemeinden zu identifizieren. In den Fokus rückt dabei unter anderem das Verhältnis von Gemeindeverwaltung und ehemaligen Kollektivbetrieben. Für die nachfolgende empirische Analyse lassen sich aus diesen Überlegungen vier Leitaspekte für die Beobachtung von Kommunikation in diesem Transformationsbereich ableiten: (i) Formen der Inklusion und Exklusion, (ii) Entscheidungen und Lernprozesse von Organisationen, (iii) der Umgang mit Formalität und Informalität sowie (iv) räumliche Integration und weltgesellschaftliche Strukturen.

Im *dritten Argumentationsschritt* tritt meine eigene Empirie auf die Bühne. Sie wird auf die vier zuletzt genannten Leitaspekte hin beobachtet. Die Themen der dörflichen Kommunikation, auf die ich während meiner drei Feldaufenthalte stieß, legen eine Gliederung in vier Episoden nahe, die auf jeweils unterschiedliche Weise Einsichten zu den genannten Aspekten bieten. In der *ersten Episode* geht es um Formen der Kooperation zwischen Gemeindeverwaltung und ehemaligem Kolchos: Hier führte ein kolchoskritisches Flugblatt, das im Zusammenhang mit der Kandidatur des Kolchosvorsitzenden für das Bezirksparlament verteilt wurde, zu einer Diskussion über die Rolle des ehemaligen Kollektivbetriebs im Dorf und speziell gegenüber der Gemeindeverwaltung. Es lenkte den Blick sowohl auf die Erwartungen, die sich an den Betrieb richten und ihn auf einem Spektrum zwischen Wirtschafts- und Wohlfahrtsorganisation verorten, als auch auf den Klärungsanspruch, der diesbezüglich von der jüngsten Kommunalreform erhoben wurde. Deutlich wird, dass sich die »sowjetischen« Kooperationsstrukturen zwar reproduzieren, dabei jedoch zunehmend von Normalitätserwartungen irritiert werden, die sich in Folge der jüngsten Kommunalreform zu verschieben beginnen.

Die *zweite Episode* dreht sich um den Anschluss der Gemeinden an das Gasnetz. Es kollidieren die Beobachtungen der Gemeindeverwaltung, für die sich die sogenannte Gasifizierung als ein Steuerungsproblem darstellt, mit den Beobachtungen der Gemeindemitglieder, die sich mit einer individuell folgenreichen wirtschaftlichen Entscheidung konfrontiert sehen. Verdeutlichen lassen sich an diesem Beispiel nicht nur die Funktion lokalpolitischer Kommunikationsforen und die Grenzen lokaler Machtkommunikation, sondern auch die Art und Weise, wie wirtschaftliche Strukturen über Eigentum, Zahlungen und Kredite in den Dorfkontext hineinzuwirken beginnen und diesen umstrukturieren.

Die *dritte Episode* thematisiert, auf welche Weise sich eine Agroholding als ein für den russischen ländlichen Raum neuartiger Betriebstyp in einer Gemeinde etabliert. Mit Blick auf die Anpassungsprozesse und Widerstände, die das Auftreten

dieser Organisation im Dorf auslösen, lässt sich nachzeichnen, wie sich einerseits vermeintlich tief verankerte Erwartungsstrukturen, die sich um das kollektive Eigentum an Agrarland ranken, innerhalb kurzer Zeit grundlegend wandeln und sich im Dorf umfangreiche Formalisierungs- und Monetarisierungsprozesse vollziehen. Andererseits verweist vor allem das Verhältnis des Unternehmens zur Gemeindeverwaltung unübersehbar auf ›sowjetische‹ Strukturen, die sich ungeachtet dieser Brüche durchsetzen.

Der Ausgangspunkt der *vierten Episode* ist ein Kaufangebot, das im Zuge der Expansionspläne ebenjener Agroholding den Anteilseignerinnen und -eignern des ehemaligen Kolchos im Nachbardorf unterbreitet wurde. Die Absicht der Agroholding, die Eigentumszertifikate und damit die Rechte auf das Land des ehemaligen Kolchos zu erwerben, wurde in dieser Gemeinde als Angriff auf die tradierten dörflichen Strukturen interpretiert, den es abzuwehren galt. Nachdem politische Appelle der Gemeindeverwaltung und Verweise auf die dörfliche Moral verhallten, wurden unter der Federführung der Bürgermeisterin Formalisierungsprozesse angestoßen und Zahlungen eingeführt, die umfassende Änderungsprozesse in ebenjenen Bereichen anstießen, die ursprünglich in ihrer tradierten Form hätten bewahrt werden sollen.

Das *Fazit* fasst die zentralen Ergebnisse der drei Argumentationsschritte zusammen und bezieht sie abschließend aufeinander. Speziell die dabei herausgearbeiteten Aspekte des Wandels der lokalen Kommunikationszusammenhänge in den Gemeinden werden in den Kontext jener Muster und Mechanismen postsowjetischer Transformationen eingeordnet, die in bisherigen empirischen Studien zum ländlichen Russland aufscheinen, und auf Anknüpfungspunkte hin beobachtet.

